

Änderungs- und Initiativanträge

1. ordentlichen Landesdelegiertenkonferenz 2017

17.-18. März 2017

Schloss19

Schlossstraße 19, 14059 Berlin

Inhalt

Initiativanträge.....	5
Antragsbereich: Initiativanträge	6
Ini1_1/17 Für eine linke Bundesregierung im September - für einen engagierten und eigenständigen Juso-Bundestagswahlkampf!.....	6
Ini2_1/17 Folgen abzumildern reicht nicht – die Agenda 2010 muss weg!	11
Änderungsanträge.....	14
Änderungsanträge zur Geschäftsordnung	15
GO	15
Änderungsanträge zum Antragsbereich R2G: Rot-Rot-Grün in Berlin.....	16
R2G_1/17	16
Änderungsanträge zum Antragsbereich A: Gute Arbeit.....	23
A1_1/17.....	23
A4_1/17.....	24
A5_1/17	25
A6_1/17	27
A7_1/17	29
Änderungsanträge zum Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung	32
B1_1/17	32
B2_1/17	33
B3_1/17	34
Änderungsanträge zum Antragsbereich D: Demokratie	35
D1_1/17.....	35
Änderungsanträge zum Antragsbereich F: Feminismus	38
F1_1/17.....	38
Änderungsanträge zum Antragsbereich G: Gesundheit und Soziales	40
G1_1/17.....	40
G2_1/17.....	42
G3_1/17.....	44
Änderungsanträge zum Antragsbereich I: Internationalismus	45
I1_1/17	45
Änderungsanträge zum Antragsbereich M: Flucht, Migration und Integration	46
M1_1/17.....	46
M2_1/17	48

Änderungsanträge zum Antragsbereich O: Organisation.....	49
O1_1/17.....	49
Änderungsanträge zum Antragsbereich S: Inneres und Sicherheit.....	50
S1_1/17	50
S2_1/17	53
Änderungsanträge zum Antragsbereich U: Umwelt und Verbraucher*innenschutz	56
U1_1/17.....	56
U2_1/17.....	57
Änderungsanträge zum Antragsbereich W: Wohnen.....	58
W1_1/17.....	58
Änderungsanträge zum Antragsbereich R: Resolutionen.....	60
R1_1/17	60

Initiativanträge

Antragsbereich: Initiativanträge

Antrag Ini1_1/17

Antragsteller*innen: Juso Landesvorstand

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Ini1_1/17 Für eine linke Bundesregierung im September - für einen engagierten und eigenständigen Juso-Bundestagswahlkampf!

1 Als Jusos sind wir Teil der SPD und begleiten sie in kritischer Solidarität. Daher haben wir Jusos
2 Berlin unsere Unterstützung der SPD in Wahlkampfzeiten noch nie zur Selbstverständlichkeit
3 erklärt. Es ist für uns kein Selbstzweck, die SPD in Wahlen stark zu machen. Der Zweck unseres
4 Engagements ist und bleibt linke, sozialistische Politik umzusetzen. Dies bedeutet für uns, dass wir
5 für jeden Wahlkampf aufs Neue entscheiden müssen, ob wir die ausreichende Möglichkeit sehen,
6 unseren Zielen mit einer Unterstützung des SPD-Wahlkampfes auch nur ein Stück näher zu
7 kommen. So natürlich auch im Bundestagswahlkampfjahr 2017.

Bye Bye GroKo, für eine Regierung links der Union

8
9
10
11 Der Rückblick auf die letzten drei Regierungsjahre der SPD als Juniorpartnerin in einer großen
12 Koalition ruft uns in Erinnerung, dass unsere Solidarität in dieser Zeit vielfach strapaziert wurde.
13 Wir haben die große Koalition von Beginn an abgelehnt, denn eine progressive Politik ist mir der
14 CDU nicht möglich. Zwar kann die SPD in der Regierungsbilanz einige Erfolge aufweisen: die
15 Einführung des Mindestlohns, der Rente mit 63, eine Frauenquote für Aufsichtsräte und die Reform
16 des Sexualstrafrechts sind nur einige Beispiele. Doch mussten wir ebenso erleben, wie die SPD
17 Positionen durchgesetzt hat, die unseren jungsozialistischen Grundsätzen fundamental
18 widersprechen, etwa bei den zahlreichen Verschärfungen und Einschränkungen des Asylrechts, die
19 Ausweitung der ALGII-Sanktionen, der Vorratsdatenspeicherung, der unsolidarischen
20 Positionierung zur Finanz- und Wirtschaftskrise in Griechenland oder der Forcierung der
21 europäischen Abschottungspolitik. Diese bitteren Enttäuschungen bleiben unvergessen. Für uns ist
22 klar: So wie in den letzten vier Jahren darf es nicht weitergehen. Die nächste Regierungskoalition
23 muss links von der Union gebildet werden. Unsere Perspektive lautet Rot-Rot-Grün nach Berliner
24 Vorbild!

25
26 Eine solche Politikalternative mit gesellschaftlicher und parlamentarischer Mehrheit kann es in
27 Deutschland allerdings nur mit einer links positionierten und starken SPD geben. Daher kämpfen

1 wir für ein linkes Wahlprogramm der SPD, damit sie glaubwürdig für soziale Gerechtigkeit und eine
2 offene, vielfältige Gesellschaft eintritt. Davon wollen wir erst die SPD, und anschließend auch die
3 Wähler*innen überzeugen.

4 5 **Ein Bollwerk gegen den Rechtsruck**

6
7 Demgegenüber steht eine deutlich erstarkte neue Rechte, die unter dem Deckmantel der
8 "besorgten Bürger" [sic!] daran arbeitet, diese Gesellschaft zu spalten und gegeneinander
9 aufzuhetzen. Die Brexit-Abstimmung sowie die Präsident*innenschaftswahlen in den USA haben
10 im letzten Jahr bedrohlich vor Augen geführt, dass die Rechtspopulist*innen in der Lage sind
11 Wahlen für sich zu entscheiden. Auch wenn die Rechtspopulist*innen von einem Sieg bei der
12 Bundestagswahl weit entfernt sind, müssen wir zur Kenntnis nehmen dass sie in den letzten
13 Landtagswahlen erschreckend gut abschnitten und ihre Propaganda bei den Menschen Gehör
14 findet. Ihre Strategie ist eine ein antimuslimischer Rassismus, Anti-Feminismus, eine Kampfansage
15 an die offene und vielfältige Gesellschaft sowie ein anti-Europäischer Nationalismus. Sie schüren
16 Ängste vor vermeintlichen Gefahren, geben auf alle tatsächlich bestehenden Herausforderungen in
17 unserer Gesellschaft jedoch keine Antworten.

18 Wir müssen und werden uns ihrer Hetze immer und überall entgegenstellen. Wir werden nicht
19 zulassen, dass der Bundestagswahlkampf zu einer weiteren Spaltung der Gesellschaft durch rechte
20 Kräfte missbraucht wird. Durch Proteste, Guerillia-Aktionen, Aufklärungskampagnen und
21 Widerspruch überall dort, wo rechte Parteien in Erscheinung treten wollen wir verhindern, dass
22 rechte Parteien in den Bundestag einziehen.

23
24 Am Erstarken rechtspopulistischer Kräfte tragen alle Regierungsparteien der letzten Jahre eine
25 Mitverantwortung. Auch die SPD. Die Nachwirkungen der Agenda 2010 zeigen sich in einer
26 Gesellschaft, wo die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht. Menschen
27 haben Angst vor dem sozialen Absturz oder sind bereits in einer perspektivlosen Situation ohne
28 Job und am Existenzminimum mit Hartz IV. Dies ist ein Teil des Nährbodens auf dem Sozialneid auf
29 Kosten von Geflüchteter, etc. geschürt werden kann. Auch wenn wir Jusos schon immer davon
30 überzeugt waren, dass neoliberaler Politik ungerecht und unsozial ist, zeigt uns diese Entwicklung
31 noch einmal besonders deutlich die fatalen Konsequenzen einer solchen Politik und wie dringend
32 eine Abkehr von der Politik der vorgeblichen „Alternativlosigkeit“ nötig ist.

33 34 **Keine Bremsen für eine jungsozialistische Kampagne**

35
36 Seit einigen Monaten können wir uns über einen enormen Mitgliederzuwachs bei den Jusos (und
37 auch der SPD) freuen. Vieler dieser Menschen sind eingetreten, weil sie ein Zeichen gegen den
38 Rechtsruck setzen und sich für eine gerechte, freie und vielfältige Gesellschaft engagieren wollen.

1 Offensichtlich gibt es gerade sehr viel Mobilisierungspotenzial in der Gruppe der Jung- und
2 Erstwähler*innen für die sozialdemokratische und sozialistische Ideen. Auch der neue
3 Kanzlerkandidaten Martin Schulz trägt zu diesem enormen Aufschwung maßgeblich bei. Die
4 Menschen hoffen, dass die SPD mit Martin Schulz wieder eine linkere, gerechte Politik durchsetzt.
5 Das erste Mal seit langer Zeit ist wieder ein Umschwung, ein politischer Wandel in diesem Land
6 möglich! Wir wollen die Euphorie aufgreifen, mit einem linken Wahlprogramm weiter anfeuern
7 und eine starke Juso-Kampagne für Jungwähler*innen auflegen und für einen Wahlsieg der SPD
8 werben. Wir wollen daher den Jugendwahlkampf der Berliner SPD übernehmen.

9
10 Aus all den genannten Gründen ist es im 2017 besonders wichtig, dass wir die Ansprache der
11 jungen Menschen in diesem Land als unsere Hauptverantwortung im Wahlkampf annehmen und
12 dieser gerecht werden. Wir wollen junge Menschen davon überzeugen, dass es nur unsere - die
13 sozialdemokratische - Idee vermag die Probleme unserer Zeit anzugehen und einer Gesellschaft
14 der Freien und Gleichen möglichst nahe zu kommen.

15 16 **Der Weg zu unserer Jugendkampagne**

17
18 Die große Mehrheit der Menschen in diesem Land hat das Gefühl, dass in den letzten Jahren etwas
19 aus dem Gleichgewicht gerät. Wir wissen: Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter
20 auseinander. Deshalb muss die Überschrift unseres Wahlkampfs "Soziale Gerechtigkeit" lauten. Der
21 neuerliche Aufschwung der SPD ist untrennbar damit verbunden, dass Martin Schulz hohe
22 Kompetenzwerte bei dem Thema Soziale Gerechtigkeit zugerechnet werden. Noch knapp 15 Jahre
23 nach der Vorstellung der Agenda-Politik durch Gerhard Schröder haben die Bürger*innen und die
24 Sozialdemokratische Bewegung mit ihren Folgen zu kämpfen.

25
26 Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir nun die Chance nutzen und uns von dieser Sanktions- und
27 neoliberalen Deregulierungspolitik ein für alle mal zu lösen. Auf dem Juso-Bundeskongress 2016
28 haben wir im Antrag A1 „Unsere Jugendwahlkampagne 2017“ unsere wichtigsten Forderung für
29 das SPD-Bundestagswahlprogramm beschlossen
30 (http://www.jusos.de/sites/default/files/beschlussbuch_2016.pdf), für deren Aufnahme im
31 Bundestagswahlprogramm wir kämpfen und auf die wir unsere Kampagne aufbauen wollen. Diese
32 umfassen unter anderem:

- 33
34 – eine Zukunftsinvestitionsoffensive für gute Bildung
35 – mehr Steuergerechtigkeit: Einführung von Vermögenssteuer, eine gerechte Erbschaftssteuer,
36 Gleiche Besteuerung von Kapital und Arbeit und härtere Bekämpfung von Steuervermeidung-
37 und Flucht
38 – die Abschaffung von allen ALGII Sanktionen, einschließlich den verschärften Sanktionen für

- 1 junge Menschen unter 25 Jahren
- 2 – Eine Mindestvergütung für Auszubildende in Höhe des BAföG-Höchstsatzes
- 3 – die Abschaffung von Sachgrundlosen Befristungen
- 4 – eine gerechte Gestaltung der Digitalisierung durch eine Regulierung neuer Arbeitsmodelle und
- 5 eine umfassende Integration in soziale Sicherungssysteme
- 6 – kostenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und eine grundlegende Reform des BAföGs
- 7 – mehr bezahlbaren Wohnraum
- 8 – einen massiven Ausbau des ÖPNV und landesweite Studi- und Azubi-Tickets
- 9 – für vollkommene Gleichstellung von Frauen* und Männern sowie homosexuelle Paare
- 10 – einen Politikwechsel für ein Europa der soziale Gerechtigkeit. Schluss mit Austeritäts- und
- 11 Abschottungspolitik!
- 12 – Eine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

13

14 Leider steht zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest, welche Forderungen im SPD-Wahlprogramm von
15 uns Jusos durchgesetzt werden können. Den späten Zeitpunkt des SPD-Programmprozesses
16 kritisieren wir, denn eigentlich müsste das Wahlprogramm die Richtschnur sein, anhand welcher
17 wir über eine Jugendkampagne entscheiden oder nicht. Bis Mitte Juni mit der Wahlkampfplanung
18 zu warten ist für uns jedoch nur schwerlich möglich. Wir werden uns daher mit aller Kraft weiter
19 dafür einsetzen dass die oben genannten Forderungen im Wahlprogramm auftauchen und anhand
20 unserer Forderungen eine jungsozialistische Kampagne planen.

21

22 Unsere Jugendkampagne soll auf die Kampagne des Juso-Bundesverbandes aufbauen und diese
23 sinnvoll ergänzen. Um eine Einbindung aller Interessierten zu ermöglichen werden wir eine
24 Wahlkampfwerkstatt auf Landesebene abhalten, um die genauen Rahmenbedingungen für den
25 Wahlkampf gemeinsam abzustecken und kreative Ideen zu sammeln.

26

27 Wir wollen das Kampagnenmaterial des Juso-Bundesverbandes als Grundlage unserer
28 Wahlkampfes verwenden und um Berlin spezifische Themenpostkarten oder Flyer, Plakate und
29 Give-Aways erweitern. Außerdem ist uns die Ansprache von jungen Frauen* und jungen Menschen
30 mit Migrationshintergrund besonders wichtig um diese vermehrt für unsere Arbeit gewinnen zu
31 können. Um den Wiedererkennungswert der Materialien und in unserem Webauftritt zu erhöhen
32 wollen wir in den kommenden Wochen unser Logo und unsere Website weiterentwickeln, wie wir
33 uns bereits im Landesarbeitsprogramm vorgenommen haben.

34

35 Wir wollen in allen 12 Bezirken mit Aktionen vor Ort aktiv sein und besonders dort hingehen, wo
36 junge Leute sind. Um eine möglichst gute Wahlkampfkoordination zu ermöglichen, wird sich
37 sowohl der erweiterte Landesvorstand regelmäßig über den aktuellen Stand des Wahlkampfes
38 austauschen, als auch eine Vernetzung von Juso-Wahlkampfbeauftragten der Kreise stattfinden.

1

2 Auf die sozialen Medien wollen wir in diesem Wahlkampf einen besonderen Fokus setzen. Dafür
3 werden wir ein ehrenamtliches Onlineteam gründen, dem möglichst Mitglieder aus allen
4 Kreisverbänden angehören sollen, welches den Wahlkampf medial begleiten wird. Soweit es das
5 Wahlkampfbudget zulässt, wollen wir auch Schulungen zur Erstellung von Text-Kacheln und
6 Kurzvideos veranstalten.

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

Ini2_1/17 Folgen abzumildern reicht nicht – die Agenda 2010 muss weg!

1 Agenda 2010 einer der größten Fehler der Sozialdemokratie

2 Wir müssen als SPD die Agenda 2010 endlich in ihrer Gesamtheit als Fehler einräumen. Eine
3 vorsichtige Distanzierung reicht nicht. Die Ankündigung des Kanzlerkandidaten Martin Schulz vom
4 Ende Februar und Anfang März 2017, den ALG I-Bezug nach längerer Erwerbstätigkeit zu
5 verlängern reicht nicht. Die gesamte Agenda 2010 ist das Produkt einer um sich greifenden
6 Ökonomisierung aller Lebensbereiche auf der Basis einer umfassenden kapitalistischen
7 Verwertungslogik. Sie hat zwei Dinge gebracht: mehr soziale Ungleichheit für die Gesellschaft und
8 das Gefängnis der Armut für viele.

9 Zu diesem Fehler zählt nicht nur die Agenda 2010-Reform selbst, sondern eben auch die durch die
10 damalige rot-grüne Bundesregierung befeuerten Vorurteile. Der Bundeskanzler Gerhard Schröder
11 unterstellte (Langzeit-) Erwerbslose im großen Maßstab Faulheit. Mit dem Ausspruch „Es gibt kein
12 Recht auf Faulheit“ signalisierte Schröder stellvertretend für die SPD, dass die Erwerbslosen selbst
13 schuld seien. Diese Aufgabe sozialdemokratischer Grundüberzeugungen ist bis heute nicht
14 eingestanden.

15

16 Bisher fehlt eine Kurskorrektur

17 Ihre Architekt*innen glaubten wahrscheinlich wirklich über harte arbeitnehmer*innenfeindliche
18 Reformen würden Einnahmen generieren und den Sozialstaat stabilisieren, ohne dass Vermögende
19 angetastet werden müssten. Diese Naivität ist ein Problem, dass die SPD bis heute nicht wirklich
20 daraus gelernt hat das größere. In allen Koalitionen – einschließlich der beiden Grokos nach den
21 Agenda-Reformen führten die Bundesregierungen mit und ohne SPD den Kurs weiter. Das
22 Ergebnis: expandierende soziale Ungleichheit.

23

24 Paradigmenwechsel – mehr als der Mindestlohn

25 Immer wieder betonen Vertreter*innen der SPD, dass die Agenda richtig gewesen wäre, um die
26 Stagnation zu überwinden – nur die Folgen seien unvorhersehbar und unschön. Dass die Folgen

1 schwerwiegend waren, ist richtig – der Rest falsch. Genauso wenig ist der Mindestlohn das Mittel,
2 um die Folgen insbesondere der Hartz-Reformen der Agenda 2010-Politik zu beseitigen. Er federt
3 die Entwicklung ab, dass Menschen in prekäre Niedriglohnjobs werden und eine gewerkschaftliche
4 Vertretung enorm erschwert ist. Ähnliches gilt für die vorsichtigen Schritte, die Leiharbeit
5 einzudämmen.

7 **Fortsetzung der Agenda-Politik in der Groko**

8 Wie fällt die Bilanz der Groko unter sozialdemokratischen Mitwirken aus? Ernüchternd. Die gesamte
9 Bundesregierung hat den Export der Agenda-Politik fortgesetzt: In Griechenland setzte sie mit ihrer
10 Austeritätspolitik eine unerbittliche Deregulierung samt Sozialstaatsabbau durch. Damit gab die
11 SPD wieder etwas mehr Raum für eine solidarische Politik auf. In Zeiten der Globalisierung wird es
12 überall schwerer Sozialstandards (erneut) zu erkämpfen, wenn sie woanders aufgegeben werden.
13 Leider hat die Bundesarbeitsministerin es noch nicht einmal probiert, Sozialstaat
14 zurückzugewinnen – im Gegenteil.

16 **Hartz IV sogar noch verschärft**

17 Andrea Nahles hat im Sommer 2016 die Sanktionspraxis verschärft: Eine Folge war es nun, dass
18 „sozialwidriges Verhalten“ nun auch rückwirkend sanktioniert werden könne. Die Möglichkeiten zur
19 juristischen Gegenwehr werden zusätzlich noch eingeschränkt. Das Ergebnis ist, dass die Zahl der
20 sanktionierten Menschen wieder steigt. Davon in einem Drittel aller Fälle auch Kinder betroffen. Die
21 verschärfen Bedingungen für unter 25jährige bestehen immer noch. Zu diesen Maßnahmen fand
22 weder eine größere öffentliche noch eine SPD-interne Debatte statt.

24 **Eine verheerende Bilanz**

25 Positive Ansätze existierten in der Agenda 2010 nur in homöopathischen Ansätzen. Sie sind in
26 vielen Fällen auch nur halbherzig umgesetzt. Die Ganztagschulen erhielten zwar Förderungen,
27 aber haben bis heute nicht das angestrebte Niveau erreicht. Generell ist von den angekündigten
28 Bildungsinvestitionen nicht viel übriggeblieben und der Betreuungsausbau kaum ebenfalls
29 verzögert.

30 Dem richtigen Schritt, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzulegen, stand eine massive
31 Palette an verheerenden Maßnahmen gegenüber. Das harte Sanktionsregime ist per se nicht mit
32 einem menschenwürdigen Umgang vereinbar. Zudem eröffnet es auch noch der Willkür Tor und
33 Tür, wie die hohe Zahl erfolgreicher Klagen zeigen. Die niedrigen ALG II-Sätze selbst sichern
34 keinesfalls eine sozio-kulturelle Teilhabe und ein Skandal für sich.

35 Dieser Druck auf die Arbeitnehmer*innen verstärkte die damalige Bundesregierung mit einer
36 Maßnahmenpalette, um Arbeitsverhältnisse zu „flexibilisieren“. Darunter sind Fördermaßnahmen
37 für Ausbeutung wie 1-Euro-Jobs, Ich-AG und Leiharbeit zu verstehen. Der dezimierte
38 Kündigungsschutz rundete das Vorgehen ab.

1 Die ganze Reihe an Begleitmaßnahmen ist teilweise in Vergessenheit geraten: Arbeitgeber*innen
2 sind einseitig entlastet worden – während Arbeitnehmer*innen belastet worden. Fast allen
3 Bereichen des Sozialstaates sind in dieser Phase destabilisiert worden: von der Altersversorgung bis
4 zu den Krankenkassen. Dass die Praxisgebühr wieder abgeschafft wurde, war nur der FDP zu
5 verdanken. Der Sozialstaat wurde teilweise aktiv privatisiert.

6 Deshalb fordern wir den Kanzlerkandidaten und die gesamte Parteispitze zur endgültigen Abkehr
7 von der Agenda-Politik auf. Dafür sind folgende Schritte schon für das kommende Wahlprogramm
8 als Mindeststandards unverzichtbar:

- 9 – Sofortiger Stopp der Sanktionen – einschließlich der verschärften Maßnahmen gegen
10 junge Menschen
- 11
- 12 – Anhebung des ALG II-Satzes auf das vom Paritätischen Wohlfahrtsverband geforderte
13 Niveau, um sozio-kulturelle Teilhabe zu sichern
- 14
- 15 – Bezugsdauer des ALG I und Vermögensfreibeträge für ALG II bei allen Altersgruppen
16 anheben
- 17
- 18 – Arbeitsverhältnisse absichern: Kündigungsschutz wieder stärken, Zeitarbeit und andere
19 befristete Arbeitsverhältnisse weitereinschränken
- 20
- 21 – Paritätische Finanzierung der Sozialabgaben wiederherstellen, also den Arbeitgeber*innen-
22 Anteil anheben
- 23
- 24 – Leistungskürzungen bei der gesetzlichen Krankenversorgung und den fixen
25 Selbstkostenanteil abschaffen sowie eine umfassende Bürger*innenversicherung einführen
- 26
- 27 – Über Vermögen, Erbschaften und höhere Einkommen viel stärker zur Finanzierung des
28 Sozialstaates heranziehen

29 Das größte Armutsprogramm in der Geschichte der wiedervereinigten Bundesrepublik
30 Deutschland muss mit der gleichen Energie, wie es eingeführt wurde, beseitigt werden.

Änderungsanträge

Änderungsanträge zur Geschäftsordnung

GO

1 **GO**

2

3 **1. zu GO**

4 Antragsteller*innen: Jusos Pankow

5 Z. 15: Ersetze „3 Minuten“ durch „2 Minuten“

Änderungsanträge zum Antragsbereich R2G: Rot-Rot-Grün in Berlin

Antrag R2G_1/17

R2G_1/17

1. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 9, Z.1 einfügen: Wir konnten in den Koalitionsverhandlungen viele unserer Ideen und Projekte einbringen, die sich nun im neuen Regierungsprogramm wiederfinden.

2. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 9, Z. 1 - 4: Ersetze durch „Über Jahre haben wir für eine progressive Koalition im Land Berlin gekämpft, haben sowohl beim Wahlprogramm als auch innerparteilich die Weichen gestellt und haben die SPD Berlin nach 5 Jahren großer Koalition von den Vorteilen eines linken Bündnisses überzeugt. Gleichwohl kämpfen wir in diesem Bündnis dafür, wieder mehr Vertrauen bei den Berliner*innen in die SPD zu gewinnen und die SPD wieder zur mit Abstand stärksten politischen Kraft in Berlin zu machen.“

3. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 9, Zeile 4-6 streichen

4. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 9, Zeile 8-9 (erster Satz) streichen.

5. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 9, Z. 8-9 streiche ab "was den" bis „Schranken setzt“

6. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 9, Z. 8 - 9: Streiche „Bei Rot-Rot-Grün...“ bis „...Schranken setzt.“

7. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 9, Z 8-9 ersetze durch: "Bei Rot-Rot-Grün handelt es sich um ein reformpolitisches Projekt auf Landesebene, das jedoch nicht unbegrenzten politischen Umgestaltungsspielraum bietet."

8. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 9, Z. 10: Füge ein „patriarchalen“ nach „kapitalistischen“

9. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 9, Z. 13, füge ein nach „steckt“: Bei Rot-Rot-Grün handelt es sich aber um ein reformpolitisches Projekt auf Landesebene, was den politischen Gestaltungsmöglichkeiten Schranken setzt.

10. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 9, Zeile 13: ersetze „Auch“ durch „Dennoch,“

11. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S 10, Z 4 ersetze „Wir brauchen den Erfolg von R2G für Berlin.“ durch „Eine erfolgreiche Rot-Rot-Grüne Koalition ist gut für Berlin und ein wichtiges Signal für den Bund“

12. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S.10, Z. 18 streiche „in jungen Jahren“

13. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S.10, Z. 18 füge ein nach „Stasi-Vergangenheit“: „ ,deren Verschweigung im Personalfragebogen,“

14. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S.12, Z. 18/19 ersetze von „In den Bezirken“ bis „geschaffen werden“ durch: „In den Bezirken und auf Landesebene sollen Unterstützungsangebote für SVen geschaffen bzw. ausgebaut werden. Für kontinuierliche SV-Arbeit ist es notwendig, dass auf allen Ebenen feste Ansprechpartner*innen für SVen und ihre Vertreter*innen vorhanden sind.“

15. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 11, Z. 4: Ersetze durch „Wir werden nicht locker lassen die SPD auf allen Ebenen zu treiben, ...“

16. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 11, Z. 15: Ersetze durch „Wer nicht ausbildet, muss zahlen.“

17. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.11 Ersetze Z. 23 - 25 durch: **“2. Das Jugend-Ticket für Berlin**

Die Einführung eines solidarischen Jugend-Tickets, um die Kosten für Mobilität auch für Junge Menschen in Ausbildung finanzierbar zu gestalten. Das Studi-Ticket soll hiervon unberührt bleiben“

Begründung: Um freiberufliche, Freiwillige, Lebenskünstler*innen und sich in Gleitzeit befindende junge Menschen nicht zu diskriminieren.

18. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 11, Z. 29: Ersetze „eine“ durch „zusätzliche“

19. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 11, Z. 33: Ersetze durch „4. Refugees Welcome – auch am Arbeitsmarkt und in der Bildung“

20. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 11, Z. 36: Füge ein hinter „...ausgebaut werden.“: „Wir möchten eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für Geflüchtete, z.B. durch eine Vorab-Quote an den Berliner Hochschulen, wie es sie schon für andere Gruppen gibt.“

21. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 11: Ergänze ab Z.36: “Dabei soll kein Unterschied zwischen Geflüchteten und anderen Arbeitnehmer*Innen gemacht werden, insbesondere im Hinblick auf Bezahlung und Teilhabe.“

22. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 12, Z. 4 Ersetze „für Eltern“ durch „für alle“

23. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
Füge ein auf Seite 12 in Zeile 6: Wir fordern die sozialdemokratischen Mitglieder der Berliner Landesregierung sowie die Vertreter*innen auf, sich im Bundesrat sowie auf Bundesebene dafür einzusetzen.

24. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.12: Z. 10: Füge ein nach: „Arbeitsplätzen“: „zur Überbrückung“

25. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 12, Z. 11 - 13: Ersetze durch „Wir wollen den öffentlichen Beschäftigungssektor wiedereinführen. Hierbei sind Verdrängungseffekte auszuschließen. Gleichzeitig wollen wir Erwerbslose dabei unterstützen, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.“

26. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S.12, Z.20 Füge ein hinter „werden“: „Bisherige demokratische Schüler*innenvertretungsstrukturen müssen ausgebaut und finanziell und personell, ideell gestärkt werden.“

27. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.12: Z. 24: Ergänze nach „bessere personelle“: „und finanzielle“

28. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 12: Ergänze ab Z. 25: „Weiter fordern wir den Ausbau und die besondere finanzielle Unterstützung der bereits bestehenden Gemeinschaftsschulen.“

29. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 12, Z. 26 Ersetze „Aufstieg“ durch „Möglichkeiten des Aufstiegs“

30. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S.12, Z. 27 ergänze nach „Prozent eines“: „Abitur-“

31. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S 12, Z 27: ersetze „Wir wollen die Abiturquote in Berlin auf mindestens 55 Prozent eines Jahrgangs anheben.“ durch „Wir wollen die Quote der Schulabschlüsse deutlich erhöhen, sodass möglichst keine Schüler*innen die Schule ohne Abschluss verlassen“

32. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Seite 12, streiche Satz in Zeile 27.

33. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 12, Z. 27 - 29: Ersetze durch „Insbesondere wollen wir den Bildungserfolg von Schüler*innen mit Migrationsgeschichte und aus Arbeiter*innenfamilien drastisch verbessern.“

34. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S.12, Z.29 Füge ein hinter „angleichen“: Hierbei muss auch über eine Abschaffung des Abiturs in 12 Jahren (G8) – wie in anderen Bundesländern schon praktiziert – zu beraten sein.“

35. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Neukölln

Seite 12, Zeile 29, anfügen nach letztem Satz

Gleichzeitig wollen wir die Quote von Schüler*innen ohne Schulabschluss drastisch senken.

36. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 12, Zeile 29, füge an nach „angleichen“: Des Weiteren setzen wir uns für das Abbauen von Hürden im Bildungssystem ein.

37. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf

Füge auf Seite 12 Zeile 36 vor „Sitzenbleiben“ ein: „unfreiwilliges“

38. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S.12, Z.37 Füge ein hinter „ersetzen“: Dies bedingt eine bessere personelle Ausstattung aller Schulformen“

39. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 13, Z. 8-12 streichen

40. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

ändere auf Seite 13 in Zeile 22: nach „13.“: Rechtes, Rechtsradikales und rechtspopulistisches Gedankengut ...“

41. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 13 Z 23. Satz doppelt.

42. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 13: Z. 23: REDAKTIONELL: “Henkels” statt “Henkel”

43. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 13, Z. 23: Ersetze „wieder Fuß fassen zu können“ durch „wieder Fuß zu fassen“

44. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 13, Z. 23 Streiche: „Wir werden Henkel Reformstau beenden.“

45. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 13, Z. 28 Ersetze „extrem rechte“ durch „rechtsradikale“

46. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 13, Z. 28: Ersetze „extrem rechte“ durch „radikal rechte“

47. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
ersetze auf Seite 13 in Zeile 28 nach Organisationen. : Der Senat muss (...)

48. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 13, Z. 30 Ersetze „verschieden und geeignet befassen“ durch „differenziert betrachten“

49. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 13, Z. 35: Ersetze „gebraucht“ durch „Gebrauch“ (redaktionell)

50. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 2: Ersetze „und stattdessen“ durch „und wollen stattdessen...“ (redaktionell)

51. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 14, Z. 3 Füge ein hinter „Qualifikation“: „sowie die Anerkennung von Abschlüssen“

52. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 14, Z. 3, Füge ein hinter „Geflüchteten“ : „Das Angebot von Deutsch-und Integrationskursen soll auch auf Geflüchtete ausgeweitet werden, deren Asylverfahren noch nicht entschieden worden ist.“

53. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 3: streiche „die“ vor „...Bildung, Qualifikation und Arbeit für alle Geflüchteten.“
(redaktionell)

54. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 8: streiche „durch Freie Träger und Private im Staatsauftrag“

55. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 13: Ersetze durch „17. Wahlrecht für alle, die hier leben“ (redaktionell)

56. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 14, Z. 14 Füge ein hinter „Wahlalter“: „von mindestens“

57. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 22: Ersetze „Zweckentfremdungsverordnung“ durch
„Zweckentfremdungsverbotsverordnung“ (redaktionell)

58. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 14, Z. 23: Füge ein hinter „...Neubauprojekte ergänzen“: „...und ihre konsequentere Umsetzung vorantreiben.“

59. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 25: Ersetze „Verstaatlichung (Ankauf)“ durch „Ankauf. Deshalb fordern wir eine entsprechende Schwerpunktsetzung zugunsten dieser Instrumente gegenüber der Subventionierung von Mieten und dessen konsequente Einforderung gegenüber den Koalitionspartner*innen.“

60. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf

Ersetze auf Seite 14, Zeile 25ff von „Wir weisen darauf hin[...]“ bis „[...]ein große Anstrengung“ durch: „Bezahlbarer Wohnraum ist nur durch große öffentliche Investitionen realisierbar.

Umweltstandards sowie die Bereitstellung von ausreichendem barrierefreiem Wohnraum darf nicht unter der Bezahlbarkeit leiden.“

61. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 26-28: Ersetze von „Diese Logik...“ bis „Anstrengung“ durch: „Wir wollen, dass vermehrt Wohnung im unteren und mittleren Mietsegment angeboten werden.“

62. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 14, Z 26-28: streiche „(unter 4 Euro/m2)“; ändere: „Standards in „Auflagen“

63. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 14, Z. 27 Ersetze „Standards“ zu „Baustandards“

64. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 29: Streiche „soziale“

65. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 30: Streiche „Wir wollen eine Reform der landeseigenen Wohnungsbauunternehmen“

66. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 30: Ersetze „wir wollen...“ durch: „Wir wollen die Einrichtung von Studierenden- und Auszubildendenwohnheimen vorantreiben, bevorzugt durch das Studierendenwerk.“

67. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 14, Z. 32: Ersetze „ALG-II-Empfänger*innen“ durch „ALG-II-Empfänger*innen und Menschen mit niedrigem Einkommen“

68. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

streiche auf Seite 15 in Zeile 4 ab „Landeseigene“ bis „fordern“.

69. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 15, Z. 5: Ersetze „fordern“ durch: „mehrheitlich entscheiden.“

70. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 15, Z. 7 Ersetze „fließt“ durch „fließen“

71. zu R2G_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 15, Z. 15 streiche von „insbesondere“ bis „Steuereinnahmen“

Änderungsanträge zum Antragsbereich A: Gute Arbeit

Antrag A1_1/17

A1_1/17

1. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
beantrage Weiterleitung an AK WAS

2. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Redaktionell:
weiterleiten an: SPD LPT, SPD BPT, SPD BuVo

3. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 16, Überschrift: Ersetze „Zeitverschwendung“ durch „Lohnraub“

4. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 16, Z. 2 Streiche „mit Kindern“

5. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 16, Z. 7-8: Ersetze „pro Woche“ durch „pro Monat“

6. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S 16, Z 19-21: ersetze „Die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden möge gestärkt und Arbeitgeber*innen zur Auszahlung (auch in Form von Freizeitausgleich) jeder Überstunde verpflichtet werden.“ durch: „Arbeitgeber*innen müssen zur Auszahlung (auch in Form von Freizeitausgleich) jeder Überstunde verpflichtet werden. Grundsätzlich streben wir eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit an.“

7. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 16, Z. 19: Ersetze „Die Regelarbeitszeit von 40 Wochenstunden“ durch „Die Regelarbeitszeit“

8. zu A1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 16, Z. 21/22 Streiche ab „werden“

A4_1/17

1. zu A4_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 20, Z. 1 - 4: Streiche

2. zu A4_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 20, Z. 1 Ersetze „Sozialdemokrat*innen“ durch „Sozialist*innen“

3. zu A4_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 3: Füge ein: „Das Modell der Lohn und Zeitarbeiter*Innen wurde geschaffen um Auftragsspitzen in einzelnen Unternehmen abzufedern. Jedoch kann in den letzten Jahren beobachtet werden, dass die Auftragsspitze zum Normalfall wurde und Leih- und Zeitarbeiter*innen dauerhaft beschäftigt werden

4. zu A4_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z.8: Streiche „Begründung“

5. zu A4_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 24 Füge ein: Ergänze „Zeitarbeitsfirmen beuten ihre Arbeitnehmer*innen oft aus, indem sie Großteile des von den Betrieben erwirtschafteten Geldes einbehalten und möglichst geringe und willkürliche Löhne zahlen.

A5_1/17

1. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Streiche: Der Juso-Bundeskongress möge beschließen.

Begründung: Der Antrag bietet für den Juso-Buko keine ausreichende Analyse

2. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 21, Überschrift: Ersetze „Mitgliedschaft in Gewerkschaften stärken! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Vorteile aufklären!“ durch „Gewerkschaftliche Aufklärungsarbeit stärken“

3. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 21, Überschrift: Ändere Überschrift in „Das Erfolgsmodell Sozialpartnerschaft stärken! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über ihre Vorteile aufklären! Gründung von Betriebsräten erleichtern!“

4. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

füge ein auf Seite 21 in Zeile 1 nach Bundestagsfraktion: und Fraktion im Abgeordnetenhaus

5. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 21, Z. 6: Ergänze nach Zeile 6:

Daher fordern wir:

1. Der Arbeitgeber wird verpflichtet, sofern in seinem Betrieb die Voraussetzungen für die Wahl eines Betriebsrates erfüllt sind, dieser aber noch nicht besteht, einmal im Kalenderjahr eine Mitarbeiterversammlung durchzuführen, auf der er über die Rechte und Pflichten nach dem Betriebsverfassungsgesetz informiert und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern die Gelegenheit zur Aussprache gegeben wird. Nach der Mitarbeiterversammlung ist eine geheime Wahl in Abwesenheit des Arbeitgebers zur Anberaumung einer Wahlversammlung zur Wahl des Wahlvorstandes durchzuführen. Für die Auszählung ist ein Versammlungsleiter unter den Anwesenden zu wählen. Vertreterinnen oder Vertreter einer im Betrieb vertretenden Gewerkschaft können an dieser Mitarbeiterversammlung teilnehmen und die Versammlungsleitung übernehmen.
2. Das vereinfachte Wahlverfahren wird bei der Erstwahl eines Betriebsrates auch für Betriebe mit bis zu 100 Wahlberechtigten ohne Zustimmung des Arbeitgebers analog zum vereinfachten Wahlverfahren für Kleinbetriebe ermöglicht. Die Option auf vereinfachtes Wahlverfahren in Betrieben ab 200 MA soll es ebenfalls geben.

6. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 8: Streiche "Begründung"

7. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 21, Z. 8: Ersetze Begründung durch:

Immer weniger Betriebe ermöglichen es Arbeitnehmer*innen ihre Interessenvertretung gegenüber Arbeitgeber*innen wahrzunehmen, das liegt auch an systematischen Methoden auf Seite der Arbeitgeber*innen, die Gründung von Betriebsräten zu verhindern. Wir Sozialdemokrat*innen wissen um die allseitigen Vorteile einer starken Sozialpartnerschaft, aber auch um die Wichtigkeit dieser für den Schutz abhängig Beschäftigter.

Um das zu erreichen, wollen wir analog § 17 Abs. 3 Satz 1 Personalvertretungsgesetz eine jährliche Informationsveranstaltung für Betriebe ohne Betriebsräte verpflichtend machen. Oft scheitert es bereits am Wissen der Beschäftigten um ihre Rechte und an der Kenntnis der rechtlichen Grundlagen für eine Betriebsratsgründung.

Um die Gründung von Betriebsräten zu erleichtern, ist es sinnvoll, das vereinfachte und verkürzte Wahlverfahren aus der Betriebsverfassung auch für mittelgroße Betriebe zu ermöglichen.

8. zu A5_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 21, Z. 10 Ersetze „Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten“ durch „Sozialist*innen“

A6_1/17

1. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
Beantrage Weiterleitung an AK WAS

2. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 22, Überschrift: Ersetze „Dem Kündigungsgrund gewerkschaftliches Engagement entgegentreten! Betriebe daran hindern Betriebsräte zu verhindern!“ durch „Betriebe daran hindern Betriebsräte zu verhindern!“

3. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
Ersetze ab Zeile 4: „§ 1 „sozial ungerechtfertigte Kündigungen“ bis Zeile 7 durch:

„§ 15 Abs. 3 dieses Gesetzes zu stellen und die Lücken des Kündigungsschutzes zu schließen. Zudem muss es auch kollektivrechtliche Instrumente zum Schutz von Wahlinitiator*innen und Wahlvorständen gegenüber Behinderungen durch die Arbeitgeberseite geben.

Daher fordern wir:

1. Die Mitglieder des Wahlvorstands werden für den Zeitraum bis zur nächsten Betriebsratswahl in die Schutzbestimmungen des § 78 BetrVG aufgenommen.
2. Der Kündigungsschutz nach § 15 III KSchG wird auf Wahlvorstandsbewerber ab dem Zeitpunkt ihrer Bewerbung erweitert; die Dauer des Kündigungsschutzes in § 15 III KSchG wird auf 24 Monate verlängert. Der Kündigungsschutz nach § 15 III a soll dabei auf alle Beschäftigte, die in der Einladung oder Antragsstellung genannt werden, ausgeweitet werden.
3. Die Mitglieder des Wahlvorstands und die Beschäftigten, die erstmalig die Wahl eines Betriebsrates einleiten und offiziell eine Absichtserklärung abgeben, werden als zu schützende Personen in den § 119 I Nr. 3 BetrVG aufgenommen.
4. Die Fraktion soll prüfen, ob bei der Verfolgung von Straftaten nach § 119 BetrVG strukturelle Defizite bestehen und wie diese ggf. behoben werden können. Insbesondere die Bildung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften soll ins Auge gefasst werden.“

4. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Streiche: Der Juso-Bundeskongress möge beschließen.
Begründung: Der Antrag bietet für den Juso-Büko keine ausreichende Analyse
Z. 9: Streiche „Begründung“

5. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.22 Z.11: Streiche „wie der Teufel das Weihwasser“

6. zu A6_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenberg-Wilmersdorf

S. 22, Z. 11 Streiche von „wie“ bis „Weihwasser“

A7_1/17

1. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Redaktionell:
weiterleiten an: SPD LPT, SPD BPT, SPD BuVo

2. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 23 streiche Zeile 9-12
Begründung: Wenn der Antrag zum BuKo gehen soll, sollte die explizit Berliner Perspektive minimiert werden

3. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 23: Füge ein hinter „Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen“: „Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen.“

4. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.23, Z.10: Streiche "Berliner"

5. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 23, Z. 13 – S. 24, Z. 29: Verschiebe in Z. 11, S. 25

6. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 23. Zeile 21-23 streichen.
Begründung: dieser Satz ist reine Spekulation, woher nehmen sie dieses vermeintliche Wissen?

7. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 23 Zeile 23 Füge ein nach "Hochschulen": "sowie die starke Verbreitung eines neoliberalen Mainstreams sowohl in der Wissenschaft, als auch gesellschaftlicher Bewertungsmaßstab "
Begründung: die beschriebenen Konsequenzen (absolute Konkurrenz, Selbstoptimierung, Individualisierung) sind vor allem neoliberale Phänomene und sollten so benannt werden

8. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S: 23 Zeile 26 Ersetze "Wirtschaftsprofessoren" durch Wirtschaftsprofessor*innen

9. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 24 Zeile 1 Ersetze "Gründern" durch "Gründer*innen"

10. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 24 Zeile 17 Ersetze komplette Zeile durch "Wir wollen uns"
Begründung: Wenn der Antrag zum BuKo soll, sollte er sich nicht aufs Berliner LAP beziehen

11. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Seite 24, streiche Zeilen 17-19 (In unseremzu setzen.)

12. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 24: Z.32 Ergänze "Schüler*innen als potentielle"

13. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf
S. 24, Z. 32 Ersetze „in der Schule“ durch: „ in allen weiterführenden Schulformen und Berufsschulen“

14. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 24 Z. 34 Ergänze nach "Aufgeklärt werden": " Ferner sollten zu den Unterrichtsinhalten auch die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung gehören, um ein Verständnis für die Arbeit von Gewerkschaften bekommen zu können."

15. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Seite 24, Zeile 37, füge an: „Daher soll das Thema der betrieblichen und gewerkschaftlichen Mitbestimmung fest im Rahmenlehrplan diverser Fächer (wie z.B. WAT, GW, Geschichte und Politik u.a.) integriert und verpflichtend unterrichtet werden.“

16. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.24 Zeile 38 Ersetze "Die Organisation von Workshops an Hochschulen" durch: Die Möglichkeit für und Förderung von gewerkschaftlich organisierten Workshops an Hochschulen

17. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.24 Z.38: Ersetze "Zielgruppe zukünftiger" durch "Studierende als potenzielle"

18. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 24, Z. 38: Füge ein hinter „Hochschulen“: „und beruflichen Schulen“

19. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 24, Z. 43 – S. 25, Z. 2: Streiche von „Eine Image-Kampagne“ bis „da geht noch mehr!“

20. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 24: Z.43 Füge ein "Imagekampagne" "des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales"

21. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Redaktionell, Seite 25, Zeile 2, ersetze „lasse“ in „lassen“

22. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.25, Z.3: Füge ein vor "Demonstration" "die Unterstützung von"

23. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S.25, Z.3: Füge ein "Nach Diskussionsveranstaltungen": "der SPD"

24. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.25, Z. 8: Füge ein hinter "Austausch": "der SPD"

25. zu A7_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 25, Z. 11: Füge ein „Begründung“

Änderungsanträge zum Antragsbereich B: Bildung und Ausbildung

Antrag B1_1/17

B1_1/17

1. zu B1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Redaktionell: Seite 26, Zeile 11: streiche: „... die...“

2. zu B1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

ersetze in Zeile 1 auf Seite 27: „die“ durch „eine bessere“

3. zu B1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.27: Z. 23: Streiche „Begründung“

4. zu B1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 27, Z. 13: Streiche „- was besonders in Neukölln für uns von sehr hoher Bedeutung ist.“ bzw. diesen Teil nicht mit zum LPT schicken

5. zu B1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.28 Z. 6: Ergänze: „Damit ein gerechtes Bildungssystem auf Bundesebene entsteht und die finanzielle Situation des Bundesland, nicht zum Nachteil der dort aufwachsenden Schüler*innen wird.“

B2_1/17

1. zu B2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 14: Streiche "Begründung"

2. zu B2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 26: Streiche "evangelischen"

B3_1/17

1. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Redaktionell:

Seite 31, Weiterleitungen: streiche „Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen“

2. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 31, Titel ersetze von „Schüler*innen“ bis „vorbereiten“: „Schüler*innen den Zugang zu digitaler Bildung ermöglichen um Chancengleichheit zu schaffen“

3. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 31, Z. 3 ersetze von "für" bis "Schulen" durch: "mit einem Mikrocontroller an Berliner Grundschulen"

4. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ersetze in Z. 4: "den Mikroprozessor caliope mini" durch "Hardware zur Verwendung im Unterricht (wie beispielsweise den caliope mini)"

5. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 31, Z. 5 füge ein nach "dass" einen neuen Bulletpoint: „Zunächst ein pädagogisches Konzept erarbeitet wird und ein geeigneter Mikrocontroller ausgewählt wird. Kriterien für diese Auswahl sollten unter anderem die Zugänglichkeit für Grundschüler*innen und die Verwendung von Open Source-Software sein.“

6. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ersetze in Z. 6: "mit dem Mikroprozessor" durch "mit der gewählten Hardware"

7. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ersetze in Z. 7 "der calliope mini" durch "Hardware zur Verwendung im Unterricht, wie bspw. den calliope mini)

8. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 31, Z. 7 ersetze "der Calliope mini" durch "der entsprechende Mikrocontroller"

9. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 31, Z. 13 streiche ab "Begründung" bis Z. 21 "gleich."

10. zu B3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 32, Z. 3 ersetze von "Dadurch" bis Z. 10 "umzusetzen" durch: "Dies ist für uns als Sozialdemokrat*innen nicht akzeptabel. Nach dem sozialdemokratischen Ansatz muss diese Spaltung durch gute Bildung für jeden überwunden werden."

Änderungsanträge zum Antragsbereich D: Demokratie

Antrag D1_1/17

D1_1/17

1. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 33: ergänze: „Der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:“

2. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Füge ein: Der Juso-Bundeskongress möge beschließen:

S. 33, Z. 1: Ersetze „indem“ durch „in dem“ (redaktionell)

3. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 33, Z.1: streiche „indem“ und ersetze mit „mit dem“

4. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 33, Z. 9: Ersetze „eine*n Transparenzbeauftragte*n wählt“ durch „eine*n

Transparenzbeauftragte*n nach Vorbild des Wehrbeauftragte*n wählt, mit dem Unterschied, dass diese*r nicht notwendiger Weise aus dem Kreise der Abgeordneten gewählt werden muss“

5. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 33, Z. 12 füge ein nach „Lobbyregister“: „auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene“

6. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ergänze S.33 Z.12 nach „verpflichtendes“ „und öffentlich einsehbares“

7. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 33, Z. 15: streiche: von „Unternehmen“ bis einschließlich Zeile 16 „sind“ und ersetze durch:

„Vertreter*innen von Unternehmen, Stiftungen, Think Tanks, Nichtregierungsorganisationen, sowie allen anderen Organisationen und Gruppierungen, die direkt oder indirekt mit der Interessenvertretung gegenüber Parlamenten, Ministerien und anderen politischen Institutionen beauftragt sind“. S. 34, Z. 33 Ersetze „Änderung von „Einkünfte neben dem Mandat der Stufe 10, also über 250.000 Euro [...]“ durch „Einkünfte neben dem Mandat der Stufe 5, also 50.000 Euro [...]“

8. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 33, Z 15: füge ein nach „Personen“: „, Interessenverbände“

9. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 33, Z. 15 Füge ein nach „Personen“: „,Verbände“

10. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 33, Z.15-18: Streiche von „Lobbyist*innen“ bis „überlastend wäre.“

11. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 33, Z.16 Füge ein nach "sind§: ", sowie Personen, die einen grünen Hausausweis für den Bundestag besitzen."

12. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 34, Z.14 Ersetze: „mehr als 5 Prozent“ durch „mehr als 1 Prozent“

13. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 34, Z. 19-21: Füge ein hinter „veröffentlicht werden sollen“: „sofern keine gesetzliche Schweigepflicht vorliegt.“

14. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 34, Z. 23: ersetze „ursprünglichen“ durch „ursprüngliche*n“ (redaktionell)

15. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 34, Z.37 Streiche: „die Möglichkeit haben,“

16. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 34, Z.38 Streiche: „Bisher ist ihnen diese freiwillige Angabe untersagt.“

17. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 35, Zeile 4 streiche: „nicht“

18. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S.35, Z. 4 streiche "nicht"

19. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 35, Z. 10 streiche von "Die" bis "schaffen."

20. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 35, ab Zeile 10, streiche: „Die Eintragungennicht schaffen.“

21. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 35, Zeile 13, streiche: „vielmehr“

22. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

S. 35, Z. 20-35: Ersetze durch:

So werden von § 108e StGB keine nachträglichen Zuwendungen für bereits vorgenommene Handlungen des*der Mandatsträger*in erfasst. Aber auch die Gewährung einer nachträglichen „Belohnung“ kann die*den Mandatsträger*in dazu motivieren, sich zukünftig im Sinne der*des Zuwendenden zu verhalten.

Der Tatbestand des § 108e StGB wird weiterhin dadurch eingeschränkt, dass die Handlung der*des Mandatsträger*in „im Auftrag oder auf Weisung“ der*des Zuwendungsgeber*in vorgenommen

worden sein muss. Bestätigt die Zuwendung die*den Mandatsträger*in lediglich in seiner Entscheidung, greift § 108e StGB nicht. Welche Wirkung etwa eine Spende tatsächlich hatte – ob sich die*der Abgeordnete in der Folge (strafbar) den Interessen der*des Geber*in unterordnet oder ob sie*er sie lediglich (straflos) in seinen Entscheidungsprozess einbezogen hat – wird sich ohne ein Geständnis der*des Beschuldigten im Strafverfahren nicht ermitteln lassen.

Zuletzt grenzt § 108e StGB auch den Begriff des „ungerechtfertigten Vorteils“ ein: Eine nach dem Parteiengesetz zulässige Spende, ein politisches Mandat oder eine politische Funktion können ausdrücklich kein ungerechtfertigter Vorteil sein. Gerade Parteispenden werden jedoch genutzt, um Einfluss auf Mandatsträger*innen zu nehmen.

Die genannten Beschränkungen müssen wegfallen, damit § 108e StGB auch tatsächlich Wirkung zeigen kann.

23. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 35, Z. 27 - 30: Streiche ab „Somit“ bis „genügt“.

24. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 36 Z.6-7 Streiche „Auch wollen“ bis „niedrig angesetzt.“

25. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 36 Zeile 13 Streiche „Ein mögliches Modell wäre (...) zuzulassen“.

Begründung: Das langfristige Ziel aus dem Satz davor teile ich (Unabhängigkeit), der Vorschlag greift aber zu Kurz. Wie sollen sich Parteien denn dann finanzieren? Eine Alternative wird hier nicht aufgezeigt

26. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 36: Z. 14-15 Streiche „Größere Spenden“ bis „ausgezahlt werden“

27. zu D1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 36, Z. 25 ersetze von "Bei" bis "werden," durch: „Während der Erstellung von Gesetzesentwürfen muss dokumentiert und veröffentlicht werden,“

Änderungsanträge zum Antragsbereich F: Feminismus

Antrag F1_1/17

F1_1/17

1. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Füge ein: Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen:

2. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Redaktionell:

weiterleiten an: SPD LPT, SPD BPT, SPD BuVo

3. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 37, Z. 1 – S. 38, Z. 38: Verschiebe nach S. 39, Z. 20 (als Begründung)

4. zu F1_1/17

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 37, Z. 3 Füge ein hinter „Partner*innenschaften“: „Häusliche und sexuelle Gewalt passiert unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sexueller Orientierung“

5. zu F1_1/17

Seite 37, Zeile 23:

ersetze „So treten psychosomatische“ durch „So treten psychische, physische und psychosomatische“

6. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 37, Zeile 23 bis 24:

streiche: „(z.B. Depressionen, posttraumatische Belastungsstörungen)“

7. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 37, Zeile 25 bis 27:

streiche Satz ab „Häusliche Gewalt...“

8. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 38, Zeile 36: streiche „, die sich“

9. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 39, Z. 4: Streiche die Klammern!

10. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 39, Z. 20: Füge ein „Begründung“

11. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 39, Zeile 20: streiche „Jusos“

12. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 39, Z. 20 – 23: Verschiebe nach S. 37, Z. 1

13. zu F1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 39, Z. 17 – 18: Ersetze durch „Schaffung von Versorgungsangeboten und Schutzräumen, die speziell auf Betroffene von häuslicher und sexueller Gewalt ausgerichtet sind, wie z.B. Frauenhäuser und Pflegefamilien.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich G: Gesundheit und Soziales

Antrag G1_1/17

G1_1/17

1. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

Ersetze „Bürgerversicherung“ durch „Bürger*innenversicherung“

2. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Im gesamten Antrag ersetze „Bürgerversicherung“ durch: Bürger*innenversicherung

3. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze „Bürgerversicherung“ durch „Bürger*innenversicherung“

4. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 40, Z. 4 Ersetze „ist“ durch „kann eine“

5. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 7f. streiche von „Die Umsetzung“ bis „ist unrealistisch.“

6. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 17 ersetze „auf das Niveau der Rentenversicherung erhöht“ durch: „abgeschafft“

7. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 19f. streiche von „Parallel“ bis „angehoben“

8. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 21: füge als neuen Punkt ein: „Der Umstieg von einem dualen unsolidarischen System von gesetzlichen und privaten Krankenkassen auf die Bürger*innenversicherung erfolgt zu einem Stichtag. Diese Umstellung muss für alle Versicherten zwingend sein. Die Altersrückstellungen der PKV-Versicherten werden dabei in die Bürger*innenversicherung eingezogen.“

9. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 40 Zeile 23 ersetze „Vertragsärzten“ durch „Vertragsärzt*innen“

10. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 40, Z. 24 – S. 41, Z. 2 ersetze durch: „Beamt*innen und Selbstständige werden in der Bürger*innenversicherung versichert. Für Beamt*innen werden ab dem Stichtag keine Anteile mehr übernommen.“

11. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 41, Z1 eigener Bulletpoint: „Die Mindestbemessungsgrenze für Selbstständige in der GKV wird deutlich abgesenkt.“

12. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 41, Z. 4 Streiche Begründung

13. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 41, Zeile 17: ersetze „Arbeitgeberbeiträge“ durch „Arbeitgeber*innenbeiträgen“

14. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 41, Z. 28/29 Streiche von „oder“ bis „Präventionsmaßnahmen“

15. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 42, Zeile 8: ersetze „Vertragsärzte“ durch „Vertragsärzt*innen“

16. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 42, Zeile 12: ersetze „Arbeitgeberzuschuss“ durch „Arbeitgeber*innenzuschuss“

17. zu G1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 42, Zeile 14: ersetze „Beitragsschuldner“ durch „Beitragsschuldner*innen“

G2_1/17

1. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

streiche Weiterleitung an Landesparteitag der SPD Berlin, BPT der SPD, SPD-Bundestagsfraktion

2. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 43, Z. 10 - 11: Streiche: Selbst wenn die Beschäftigung nur einen Tag gedauert hat und keine Leistungen in die Sozialkasse gezahlt wurden, besteht ein Anspruch auf ALG I.

Begründung: Dies stimmt so nicht. Die Regelanwartschaftszeit ist erfüllt, wenn die Person in den letzten zwei Jahren vor der Arbeitslosmeldung und dem Beginn der Arbeitslosigkeit (Rahmenfrist) mindestens zwölf Monate in einem Versicherungspflichtverhältnis (zum Beispiel Beschäftigung, Krankengeldbezug) gestanden hat. Darüber hinaus gibt es noch einige andere Ausnahmen (kurze Anwartschaft etc.) bei allen ist aber eine Mindestbeschäftigung von einigen Monaten vorgesehen.

3. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 43, Z.24: streiche "europäische" und füge hinter "Sozialkasse" ein: eines Mitgliedstaats der Europäischen Union

4. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 43, Z.21: Ersetze "lächerlich" durch "unangemessen"

5. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

S. 43, Z. 23 bis S. 44, Z. 24: Ersetze durch "Forderung:

- Wir fordern, dass Leistungen, die im Rahmen einer Beschäftigung an eine europäische Sozialkasse entrichtet wurden, bei einer Rückkehr in die Bundesrepublik Deutschland mit ihren daraus entstehenden Ansprüchen anerkannt werden
- Mit Umsetzung einer europäischen Sozialkasse heben wir das Bedürfnis zur Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Ministerien mit denen anderer europäischer

6. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

streiche auf S. 44 in Zeile 4 ab „es käme“ bis Z. 6 „wieder ausgleichen“.

7. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

streiche auf S. 44 in Zeile bis 11 bis „umsetzen“

8. zu G2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 44, Z.20: Füge ein: „Langfristiges Ziel ist daher eine europäische Arbeitslosenversicherung, in die alle Arbeitnehmer*innen der in der Europäischen Union einen Basissatz einzahlen. Dieses Instrument würde gleichzeitig als automatischer Stabilisierungsmechanismus bei ökonomischen Ungleichgewichten innerhalb der Union dienen.“

G3_1/17

1. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
streiche: Seite 45, Überschrift: „Antrag“

2. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
streiche: Seite 45, Zeile 1: „Menschen“

3. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 45, Z. 1: Streiche „Menschen“ (redaktionell)

4. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
Z. 1 streiche Menschen

5. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
Z.3 streiche ab „denkbar“ bis Z.6 „wird“ und ersetze durch: Hierbei muss eine steuerfinanzierte Lösung gefunden werden, da dieser Bereich eine Aufgabe der Gesamtgesellschaft ist.

6. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln
Seite 45, Zeile 6 bis 7 verschiebe Satz „Die Bundesärztekammer... .. seit Langem“ in Zeile 14 (Begründung).

7. zu G3_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
Z. 10 Streiche „Begründung“

Änderungsanträge zum Antragsbereich I: Internationalismus

Antrag I1_1/17

I1_1/17

1. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Ersetze im gesamten Antrag „Städtepartnerschaft“ durch „Städtepartner*innenschaft“

2. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 46 Z 2 ersetze „Tel Aviv ist eine Stadt in einem Land, welches in den Folgejahren der Shoah entstanden ist.“ durch „Tel Aviv ist eine Stadt in einem Land, das den Überlebenden und Nachkommen der Shoah Zuflucht und Sicherheit bietet.“

3. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 46, Z 4 ersetze „Israel“ durch „Tel Aviv“

4. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

ersetze Seite 46, Zeile 4: „Israel“ durch „Tel-Aviv“

5. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 47, Z. 7 - 10: Verschiebe nach S. 46, Z. 1

6. zu I1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

Füge ein nach „...Städtepartnerschaft eingehen.“ „Begründung“ (bei Annahme des ersten Pankower ÄA wäre das S. 46, Z. 5)

Änderungsanträge zum Antragsbereich M: Flucht, Migration und Integration

Antrag M1_1/17

M1_1/17

1. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Ersetze im gesamten Antrag „Integrationskurse“ durch „s.g. „Integrationskurse“

2. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 48, Z. 1-6 ersetze durch: "Wir fordern eine Ausweitung des gesetzlichen Anspruchs auf Integrationskurse. Es muss allen Menschen möglich sein an einem Integrationskurs teilzunehmen, die das möchten und sich dauerhaft in Deutschland aufhalten. Der Anspruch von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen, muss dagegen nicht aufrechterhalten werden. Ebenso kann der Anspruch bei Menschen wegfallen, die einen erkennbar geringen Integrationsbedarf haben oder bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen."

3. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 48, Z: 2 Ersetze "braucht der Anspruch" durch "sollte die Pflicht"

4. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

füge ein in Zeile 2 nach „sich“: bereits

5. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

füge ein in Zeile 2 nach aufhalten: „oder Asylbewerbe*rin einen dauerhaften Aufenthalt erstreben“

6. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 48, Z. 2 - 6: Ersetze von „Weiterhin braucht der Anspruch“ bis „nicht zu bestehen“ durch „Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in der Bundesrepublik Deutschland fortsetzen, sollen das Recht haben, an einem Integrationskurs teilzunehmen, dazu aber nicht verpflichtet sein.“

7. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 48, Z. 5 streiche „bei erkennbar geringem Integrationsbedarf oder wenn bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügt werden,“

8. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 48, Z. 10 ersetze „Integration in die Gesellschaft“ durch „die gewünschte Sprachvermittlung“

9. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S.48, Z. 11 Ersetze „Integrationslehrkräfte“ durch „Kurslehrkräfte“

10. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 48, Z. 14: Streiche „Begründung“

11. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S.48, Z. 19 „Ausländer*in“ in „Ausländer*innen“

12. zu M1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

S. 49, Z. 14 streiche nach „verbessern“.

13. zu M1_1/17

Antragssteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 49, Z. 24 f. Ergänzung nach: „Integrationskurs“ durch „da es einen Mangel an Stellen in den Behörden gibt und die Behörden demnach stark überlastet sind“

M2_1/17

1. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 50, Überschrift: ergänze nach „Staaten in die Pflicht nehmen“: „- Binnengeflüchtete schützen“

2. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 50, Z. 1 – S. 51 bis Z. 16: Verschiebe nach S. 52, Z. 3

3. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Redaktionell:

Seite 50, Zeile 12: ersetze „In Betrachtung langzeitiger“ durch „In Anbetracht Langfristiger“

4. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 50, Zeile 12: ersetze „die“ durch „das“

5. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 50 Z 23 diskutieren/konkretisieren:

„Es gilt, den Rechtsstatus von Binnengeflüchteten* zu sichern“

Konkrete Ziele und Adressat*innen fehlen

6. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 50, Z.25 Füge ein vor „Binnengeflüchtete*“: „diese auch für“

7. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.52: Streiche Z. 1-2

8. zu M2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 52, Z. 3: Füge ein „Begründung“

Änderungsanträge zum Antragsbereich O: Organisation

Antrag O1_1/17

O1_1/17

1. zu O1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

Ändere alle „Männer“ in „Männer*“

2. zu O1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 53, Z. 6: Ergänze nach "Schwarze Frauen": "Frauen mit Migrationsgeschichte"

3. zu O1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 54, Z. 31 Ersetze „krass viel“ durch „deutlich“

4. zu O1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.56, Z: 30-31: Streiche "das Bild" und "starken". Ergänze nach "darin": „sich politisch zu organisieren.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich S: Inneres und Sicherheit

Antrag S1_1/17

S1_1/17

1. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z 1 „Gute, linke und liberale Innenpolitik war und ist uns Jusos ein Kernanliegen“

2. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 59, Z. 1: Ersetze „uns“ durch „und“ (redaktionell)

3. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z 6-9 streichen

4. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z 12 „zu stark“

5. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 59, Z. 12: streiche „zu stark“

6. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 59, Z. 12 streiche „zu stark“

7. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z 24: streiche „mehr Polizei,“

8. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z 27 füge ein „besser“ nach Polizei

9. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S 59 Z. 28: Füge ein am Ende: „Das Herabsetzen von Ausbildungsstandards oder, wie in einigen Bundesländern geschehen, das Ausbauen der Stadt- und Hilfspolizeien sind daher für uns keine Alternative.“

10. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 59, Z. 33: Ersetze „statt“ durch „und“

10. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte
S. 59 Z. 33: Ersetze "statt" durch "vor"

11. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
S 60 Z 2: füge ein nach „werden“: „Klar ist aber auch, dass dem aktuellen Personalmangel von derzeit rund 500 unbesetzten Stellen und den hohen Überstundenbelastungen der Beamt*innen durch Personalaufstockungen wie im Koalitionsvertrag vorgesehen entgegengewirkt werden muss.“

12. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 60, Z. 16 – 17: streiche „Den meisten Überstunden steht die geringste Besoldung gegenüber.“

13. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
Z. 39-41: Ersetze ‚Anstatt Menschen durch Schüsse lediglich zu entwaffnen oder handlungsunfähig zu machen, werden tödliche Schüsse auf den Oberkörper des Opfers abgegeben, da dieser wesentlich einfacher zu treffen ist. Dies ist ein unhaltbarer Zustand.‘

Durch: Der größtmögliche Schutz des menschlichen Lebens ist so in Gefahrensituationen nicht mehr zu gewährleisten. Darunter leiden die Bürger*innen sowie die Beamt*innen, dieser unhaltbare Zustand bedarf dringender Änderung.

14. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
61, Z. 1-3, ersetze durch:
Wir fordern daher:

Solange die Polizei mit Schusswaffen ausgestattet ist, muss eine gute Ausbildung der Polizist*innen an der Waffe gewährleistet sein. Die Schießstände der Berliner Polizei müssen schnellstmöglich renoviert und auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden, damit wieder ausreichende Übungen und Weiterbildungen an der Waffe möglich sind.

15. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
S. 61, Z. 4-6, ersetze durch: Die Ausstattung der Polizei mit Tasern lehnen wir ab, da die Hemmschwelle zum Einsatz dieser Waffen deutlich niedriger ist und trotzdem Menschenleben gefährdet werden. Das Ziel muss es sein Alternativen zu finden, deren Einsatz keine Menschenleben gefährden.

16. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg
S. 61, Z. 7, füge ein: Das Hauptaugenmerk im Bereich der Personalpolitik der Berliner Polizei muss die Qualität und nicht die Quantität sein. Die Erhöhung der Anzahl der Polizist*innen ist kein Selbstzweck: Es muss genau untersucht werden, an welchen Stellen mehr Polizist*innen tatsächlich nötig sind und wo eventuell auch Überkapazitäten bestehen.
Um die Arbeit der Berliner Polizei qualitativ zu verbessern sind die Anhebung der Beamt*innenbesoldung zumindest auf die Höhe des Bundesdurchschnitts, eine bessere Ausbildung im Bereich der politischen und interkulturellen Kompetenzen und die Stärkung der Diversität innerhalb der Beamt*innenschaft erforderlich.

17. zu S1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S. 65, Z. 4 Füge ein nach Sicherheit: "egal welche Maßnahmen ergriffen werden"

S2_1/17

1. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 62, Z. 4: füge ein nach „konservativen“ „und rechten“

2. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S62 /Z.6 ersetze „Sicherheitsmaßnahmen“ durch „Überwachungsmaßnahmen“

3. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S62 .Z16 ersetze „Sicherheitsgesetz“ durch „Gesetz“

4. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.62 / Z.17 ersetze „verstärkt auf Prävention von Straftaten und auf die Initiierung und verstärkter Unterstützung entsp...“ durch „verstärkt auf Prävention von Straftaten, wie auch auf die Initiierung und Stärkung entsprechender Programme setzen.“

5. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.62 / Z.19 ersetze „Freiheitsrechte der Bürger*innen hochhalten“ durch „Freiheitsrechte der Bürger*innen wahren“

6. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 62, Z. 26 Ersetze „liberale“ durch „progressive“

7. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 62, Z. 29: Ersetze „Eine Pauschale Antwort ist in der Debatte“ durch „Eine pauschale Antwort in der Debatte“ (redaktionell)

8. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 63, Z. 4 Ersetze „Rechtsextremismus“ durch „Rechtsradikalismus“

9. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 63, Z. 4: Ersetze „Rechtsextremismus“ durch „rechte Gewalt“

x. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 63, Z. 4 Streiche Z. 4-6 bis „sein“

10. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S63. / Z.5 streiche „Nazi-Kiez“

11. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 63, Z. 7: füge ein nach „treffen.“: „Die Angst eines Menschen mit Migrationshintergrund vor Rechtsradikalismus in gefährlichen Bezirken / „Nazi-Kiezen“ ist beispielsweise genauso hervorzuheben wie die Angst eines*einer Wohnungslosen sein*ihr Revier zu verlieren und ebenfalls Diskriminierung ausgesetzt zu sein.“

12. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S63. Z12 - 15 streiche „Denn fürchten sich nur ältere Menschen oder Menschen mit Behinderung vor der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und vor der gesellschaftlichen Teilhabe aufgrund von Überfällen? Haben sie Angst vor Einbrüchen und sind sie damit allein? Im schlimmsten Falle heißt das; man fühlt sich nirgends wo mehr sicher.“

13. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 63, Zeile 15: ersetze „;“ durch „“

14. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 63, Z. 24 Streiche von „Damit“ bis „gefährlicher“

15. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 63, Z. 32: Ersetze „schüren“ durch „Schüren“ (redaktionell)

16. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 63, Z. 41 füge ein nach „Das“: „scheinbar“

17. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S. 65, Z. 2 streiche: "um das subjektive Sicherheitsgefühl der Berliner*innen zu erhöhen"

18. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 65, Z. 3: füge ein nach „Bürger*innen“: „in Reaktion auf die anderslautende Rhetorik aus konservativer Richtung“

19. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Tempelhof-Schöneberg

S. 65, Z. 4: Füge ein nach „ist“: ohne die Freiheit des Individuums aufzugeben

20. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 65, Z. 22: Ersetze „nicht-deutsche Staatsbürger*innen“ durch „Menschen“

21. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 65, Z. 40 – S. 66, Z. 7: Streichen (redaktionell)

22. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Neukölln

Seite 67, Zeile 7, ergänze nach „umgestaltet werden.“: „Außerdem sollte feministische Stadtplanung und Umgestaltung vorangetrieben werden.“

23. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z. 9-10: Ersetze „Eine bessere Beleuchtung...“ durch „Eine bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum kann stärker Kriminalität reduzieren als durch Videoüberwachung.“

24. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 67, Z. 22: füge ein nach „Rechts“: „und gegen religiösen Fundamentalismus“

25. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 67, Z. 23: füge ein nach „Rechten“: „und religiös fundamentalistischen“

26. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 67, Z. 23: füge ein nach „rechten“: „und religiös fundamentalistischen“

27. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Charlottenburg-Wilmersdorf

S. 67, Z. 24: füge ein nach „rechter“: „und religiös fundamentalistisch motivierter“

28. zu S2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 67, Z. 29: Streiche „oder“ (redaktionell)

U1_1/17

1. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 69, Z. 5 – S. 80, Z. 13: Ersetze "CO2" durch „Treibhausgas“

2. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S. 70, Z. 5: Ersetze "ökonomisch" durch "ökologisch"

3. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.70, Z. 11: Streiche von " ein wettbewerblichen" bis "zu vereiteln"

4. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg

S.70, Z.14-17: Streiche komplett

5. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 70, Z. 14 – 15: Ersetze "CO2" durch „CO2-Äquivalent“

6. zu U1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 70, Z. 16 – 39: Ersetze "CO2" durch „Treibhausgas“

U2_1/17

1. zu U2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Friedrichshain-Kreuzberg
? Z 11 ersetze „ermöglichen“ durch „bieten“

2. zu U2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow
S. 71, Z. 6: Ersetze „vom nächsten“ durch „von der nächsten“ (redaktionell)

3. zu U2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf
S. 72 Z. 2 ersetzen "Werbemitteln" durch "Werbung"

4. zu U2_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Marzahn-Hellersdorf
Füge nach Seite 72 Zeile 3 eine neue Zeile ein: „Spielhallen und ähnliche Unternehmen sind mit Schockbildern analog zu denen auf Tabakwaren auszustatten.“

Änderungsanträge zum Antragsbereich W: Wohnen

Antrag W1_1/17

W1_1/17

1. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Der Antrag ist hinsichtlich der geschlechtergerechten Schreibweise durch die Verwendung mit dem * anzupassen bzw. zu vereinheitlichen.

2. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Redaktionell:

Die textfremden Zahlen in S. 1 Z 11 „15“ u. Z. 26 „30“ sowie S. 2 Z. 6 „35“ werden entfernt.

3. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Ersetze S. 1, Z. 22f. von „Die“ bis „egal welcher Art“ durch:

„Die Berliner Mietenpolitik war zunächst auf Wohnungsneubau, gleich welcher Art, fokussiert“

4. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Streiche S. 2, Z. 12f. „der aktuellen Mietenstrategie“

5. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Streiche S. 2, Z. 34 „Paradigmenwechsel:“

6. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Ersetze S. 3, Z. 26 von „Der“ bis „auszudehnen.“ durch:

Milieuschutzgebiete sind stadtweit zu prüfen und auszudehnen.

7. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Ersetze S. 4, Z. 8, „1%“ durch „2%“

8. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 4, Z. 8-9: Ersetze „Bei Wiedervermietung“ bis „Vergleichsmiete steigen“ durch: „bei Wiedervermietung darf die Miete nicht über das Niveau des Vormietsvertrages steigen.“

9. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Lichtenberg

Ersetze S. 4, Z. 13-14 von „Nur“ bis „gelten“ durch:

„Die Modernisierungsumlage ist auf 3% abzusenken.“

10. zu W1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Z. 5: Ersetze "Flüchtlinge" durch "Geflüchtete sowie alle anderen ohne vernünftigen Wohnraum"

Änderungsanträge zum Antragsbereich R: Resolutionen

Antrag R1_1/17

R1_1/17

1. zu R1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

Füge ein: der SPD-Landesparteitag möge beschließen

2. zu R1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Pankow

S. 73, Z. 19: Ersetze "Richtige" durch "richtige" (redaktionell)

3. zu R1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Mitte

S.75, Z.33 gendern

4. zu R1_1/17

Antragsteller*innen: Jusos Steglitz-Zehlendorf

S.75, Z. 37 füge ein nach „Verhandlungsgeschick“: „während der Gehaltsverhandlungen“